

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

mehr Verkehrssprache wird, das Spanische noch immer weite Verbreitung genießt und das Tagalog die „Staatsprache“ ist), bei einem Eucharistischen Nationalkongreß ähnliche Schwierigkeiten bei der Verwendung der Muttersprache entstehen, wie man sie für Indien beim Eucharistischen Weltkongreß in Bombay erlebt hat. Ferner ist festzuhalten, daß alle Bischöfe der Philippinen grundsätzlich auf dem Boden der Liturgiekonstitution stehen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur in der Frage, wie man der Forderung nach Verwendung der Muttersprache beim Gottesdienst in vielsprachigen Gebieten gerecht wird, in denen zugleich eine Verkehrssprache besteht, die sich weder allgemein durchgesetzt hat noch von allen Kreisen der Bevölkerung als Mittel zum Ausdruck ihres ganz persönlichen Denkens benutzt wird.

Die hier sichtbaren Schwierigkeiten sind nicht auf die Philippinen beschränkt. Sie bestehen auch in vielen Missionsländern Asiens und Afrikas. Sie werden aber verstärkt durch großen Priestermangel und das Fehlen gut ausgebildeter Katechisten, wie es auf den Philippinen der Fall ist. Die Diözesen könnten hier von den Missionen lernen, sogar von jenen auf den Philippinen selbst, wo schon vor dem Konzil einige Bischöfe die heimischen Sprachen bzw. Dialekte in die Liturgie einführten. Das unter Leitung eines Bahnbrechers liturgischer Erneuerung, P. J. Hofingers SJ, stehende Ostasiatische Pastoralinstitut zu Manila wird sicherlich in allen anstehenden Fragen Hilfe leisten. Im übrigen ist schon im Frühjahr 1965 die englische (nordamerikanische) Übersetzung der Meßtexte vom philippinischen Episkopat übernommen worden, und zu der Zeit, als Lehmann beklagte, man sei in der Durchführung der Liturgiekonstitution auf den Philippinen noch keinen Schritt weitergekommen, hatten die Benediktiner in Manila schon die Übersetzung der Meßtexte in verschiedene der Hauptsprachen bzw. -dialekte vollendet (NCWC News Service, 28. 4. 65). Ein Mitglied dieser Kommunität berichtete: „Die Priester reagierten begeistert auf die neue Liturgie. Natürlich gibt es einige, besonders unter den alten Priestern, die Vorbehalte haben und zur Vorsicht mahnten. Aber viele wünschen dynamische und unmittelbare Reformen.“

Sorgen und Hoffnungen

Wenn es der Kirche der Philippinen, die die Hälfte aller Katholiken Asiens umfaßt, gelingt, mit Hilfe der übrigen Kirchen der Welt ihren geschichtlich bedingten Schwächestand zu überwinden, ist sie eine ideale Plattform zur Verbreitung des Christentums nach Fernasien hin. Von Sorgen und Hoffnungen erfüllt, sagte Paul VI. im Oktober 1963 den zum Konzil versammelten Bischöfen der Inselwelt: „Man stellt sich die Frage, was die Vorsehung mit der ganz besonderen Stellung beabsichtigt, die euer Land einnimmt. Zweifellos wird sie in Verbindung stehen mit der Ausstrahlung des Glaubens in die umliegenden Länder. Der heutige Zeitpunkt wird vielleicht bestimmend und von lebenswichtiger Bedeutung sein. Ihr dürft euch nicht mit der normalen Routinearbeit von Sakramentspendung und seelsorglicher Leitung zufriedengeben. Eure Anstrengungen müssen mit noch mehr Eifer durchgeführt werden, und alle Opfer müssen gebracht werden, bevor es zu spät ist. Laßt nicht zu, daß der Marxismus sich der Massen bemächtigt, vor allem nicht der Jugend. Das Volk einer kommenden Zeit wird Euch in Erinnerung behalten und für alles danken, was ihr verwirklicht habt.“

Evangelisch-katholische Hilfsaktion für Vietnam

Am 26. Januar riefen der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk zur Hilfe für die kriegsgeschädigte Bevölkerung in Vietnam auf. Der Appell war unterzeichnet von Kardinal Döpfner und Präses Scharf sowie von den Präsidenten der beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände, Prälat Stehlin und Dr. Schober. Katholischerseits ging die Initiative von der Caritas Internationalis aus, die ihrerseits durch den Heiligen Stuhl mit einer Spende von 150 000 Dollar zu einer internationalen Hilfsaktion unter dem Motto „den Frieden aufbauen“ ermutigt wurde. Der Weltrat der Kirchen hat auch seinerseits zu einer Hilfsaktion aufgerufen. Die Hilfe soll allen notleidenden Menschen in Vietnam zugute kommen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der Herkunft, im Süden wie im Norden. Während aus dem Norden Zahlen bisher schwer erhältlich sind, schätzt man im Süden bei einer Bevölkerungszahl von 15 Millionen die Flüchtlinge auf über 700 000, davon ein Drittel Katholiken. Sie mußten vor dem Terror der Vietkong oder infolge der Kriegshandlungen Hab und Gut auf dem Land verlassen, um in den größeren Städten Sicherheit zu suchen.

Schwierigkeiten und Schwerpunkte

Sie werden teils in Notsiedlungen untergebracht, die die Regierung errichten läßt, teils tauchen sie bei Verwandten und Bekannten unter. Im Dezember 1965 war eine Delegation der Caritas Internationalis unter der Leitung von Msgr. Cauwe, Belgien, und Msgr. Vath, Hongkong, in Südvietnam, um die Hilfsmöglichkeiten zu erkunden. Mit dem Direktor der Caritas Vietnam, Pater Ho-Van-Vui, wurde ein Plan ausgearbeitet, nach dem die zu erwartende Hilfe an die Schwerpunkte der Not in den 13 südvietnamesischen Diözesen gebracht werden kann. Auffanglager müssen eingerichtet und mit den nötigen Decken und Medikamenten versehen werden. Weiterhin muß für Volksküchen, Kinderpflegestätten, Dispensarien, Kindergärten und Horte Sorge getragen werden. Ein besonderes Problem stellen die Transporte dar, da die Eisenbahnen stillgelegt sind. Die Hafenstädte können durch die Küstenschiffahrt versehen werden. Im Innern des Landes ist man auf den Straßenverkehr angewiesen, der allerdings nur tagsüber verhältnismäßig reibungslos verläuft. In schwierigen Fällen werden Außenstationen durch Hubschrauber versorgt. Inwieweit Nordvietnam (mit 10 Diözesen und 800 000 Katholiken) in die Hilfsaktion direkt einbezogen werden kann, hängt von der weiteren Entwicklung ab. In Südvietnam bemühen sich alle kirchlichen Kräfte, unter dem Vorsitz der beiden Erzbischöfe Nguyen-Van-Binh von Saigon und Nguyen-Kim-Dien, Administrator von Hué, der Notlage Herr zu werden. Dank der Duldsamkeit und dem Fleiß der Bevölkerung gelang es, die notwendigen Hilfsmaßnahmen in geordneter Weise einzuleiten. Eine nicht geringe Rolle spielen dabei die relativ zahlreichen einheimischen Priester und Ordensfrauen. Bei aller Stärke katholischen Gruppenbewußtseins wissen sich die 1,4 Millionen Katholiken Südvietnams auch verantwortlich für die Notleidenden anderer Religionen, Buddhisten, Cao-Dai und Hoa-Hao, zumal diese Gruppen meist über weniger gut ausgerüstete

Hilfsorganisationen verfügen als sie selbst. In Saigon berät wöchentlich ein interkonfessionelles Komitee über die Planung der Hilfe. Die religiösen Feindseligkeiten, die aus Anlaß der politischen Krise von 1963 zwischen Katholiken und der Gruppe der reformierten Buddhisten herrschten, scheinen im wesentlichen überwunden zu sein.

Friedensbemühungen

Indessen werden trotz des geringen Erfolges der päpstlichen Friedensdiplomatie zu Jahresbeginn und der Wiederaufnahme der Bombardierungen in Nordvietnam durch die Amerikaner die Friedensbemühungen von kirchlicher Seite fortgesetzt. Sie haben auch in den Beratungen des Zentralkomitees des Weltrats der Kirchen in Genf (vgl. ds. Heft, S. 142) einen deutlichen Niederschlag gefunden. Papst Paul VI. hat in einer Audienz für italienische Journalisten auf Friedensvermittlungen neutraler Staaten mit Hilfe der UN gedrängt (vgl. „Osservatore Romano“, 30. 1. 66) und in Durchführung dieser Initiative sich über die päpstlichen diplomatischen Vertretungen an die neutralen Staaten Europas (Österreich, Schweiz, Irland, Schweden, Finnland) sowie an den Libanon, an Liberia und an Chile gewandt. Obwohl alle diese Staaten die Initiative des Papstes positiv aufgenommen haben, scheint, wie die österreichischen Sondierungen ergeben haben, bei diesen Staaten im Augenblick nur eine sehr geringe Bereitschaft für eine aktive Vermittlung zu bestehen (vgl. u. a. „Neue Zürcher Zeitung“, 9. 2. 66), weil man einer solchen Aktion gegenwärtig kaum Erfolgchancen einräumt. Trotzdem bleibt man in Rom nicht ohne Hoffnung, es könnten sich die Verhandlungsbereitschaft Nordvietnams und der Vietcongs verstärken. In diesem Zusammenhang hatte man auch dem für Ende Februar angekündigten Besuch Außenminister Gromykos in Rom einige Bedeutung beigemessen. Inzwischen mußte dieser Besuch wegen der fortdauernden italienischen Regierungskrise verschoben werden.

Liturgie der Gemeinde

„Liturgie der Gemeinde“ war das Thema der letztjährigen Weihnachts-Seelsorgertagung, die vom 28. bis 30. Dezember 1965 in Wien stattfand. Veranstalter war das Österreichische Seelsorge-Institut unter Leitung von Msgr. Erwin Hesse. Die Teilnehmerzahl war größer als sonst, über 500 Priester aus allen österreichischen Diözesen und den deutschsprachigen Nachbarländern, Kardinal König, mehrere Bischöfe, der Apostolische Nuntius, Erzbischof Rossi, sowie eine Anzahl Laien. Im Vergleich zu früheren Tagungen war diesmal die Zahl der Referate begrenzt und dafür — sehr zum Nutzen der Tagung — der Diskussion ein breiter Raum gegeben.

Grundform der Liturgie

Im ersten Referat, das von Professor Dr. Paul Neuenzeit, Würzburg (einem Laien) gehalten wurde, ging es darum, vor allen Fragen der konkreten Gestaltung des Gemeindegottesdienstes einige Grundtatsachen liturgischen Vollzugs ins Bewußtsein zu bringen und tiefer zu verstehen. Der Referent ging aus von dem Gegensatz zwischen dem charismatischen Aufbruch des Urchristentums und dem festgefühten jüdischen Gottesdienst. Für den Gottesdienst der christlichen Gemeinde sei wesentlich, daß sie nicht primär Gemeinschaft der Gläubigen, sondern Gemeinde Christi ist, von ihm berufen und sein Eigentum, was in

der Benennung Herrenmahl — und nicht Gemeindegottesdienst — zum Ausdruck komme. Wenn gefragt werde, warum die Begegnung mit Gott nicht in der persönlichen religiösen Erfahrung gesucht wird, wie es der großen mystischen Tradition entsprechen würde, so sei zu antworten, daß es nicht in unsere Macht gegeben ist, wie wir Gott begegnen wollen. Gott der das Heil gewährt, bestimmt auch die Art der Begegnung, nach der sich der Mensch zu richten hat.

Der Ort der Gegenwart Christi ist die brüderliche Gemeinschaft der Christen. Wo Gläubige in seinem Namen versammelt sind, verwirklicht sich Gottesdienst, ist Gemeinde Christi, mit oder ohne eucharistische Feier. Bezüglich der eucharistischen Feier machte Neuenzeit auf eine (den meisten Zuhörern wohl ziemlich neue) Unterscheidung aufmerksam: daß nämlich Brot und „Becher“ ursprünglich zwei verschiedene Gaben zum Gegenstand hatten. Der eucharistische Becher ist nicht einfach eine Verdoppelung des eucharistischen Brotes. Durch die Becher-Eucharistie erfolgt die Teilhabe an dem Neuen Bund, der das Verhältnis des Menschen zu Gott neu gestaltet und aus den einzelnen Menschen ein neues Volk macht. Unter „Leib Christi“ verstehe Paulus Brot *und* Gemeinde. Sie empfängt den Leib und wird dadurch zu einem Leibe zusammengeschlossen. Nicht im Willen zur Gemeinschaft, sondern in der Gegenwart Christi liegt die Gemeinde begründet. Das lasse sich an Hand der älteren Einsetzungberichte von Lukas und Paulus belegen, während in den späteren bei Markus und Matthäus die beiden eucharistischen Gaben bereits in eins zusammengezogen seien. Lange Zeit habe man diesen Unterschied für unwesentlich gehalten.

Für den christlichen Gottesdienst sei ferner wesentlich, daß er zuerst ein Hören des Wortes ist. Es gebe keinen Kult ohne das Wort. Die bisherige Vernachlässigung des Wortes müsse aus der gegenreformatorischen Haltung der Kirche verstanden werden.

Kult und Weltdienst

Ein weiteres, wesentliches Moment bestehe darin, daß der Gottesdienst der Gemeinde nicht in sich geschlossen ist, sondern auf die Welt hinausweist. Die vielfachen Geistesgaben der Urkirche waren sowohl im Gottesdienst wie im täglichen Leben wirksam, die Diakonie des Bruderdienstes nicht vom Gottesdienst getrennt. Die neutestamentliche Gemeinde habe ihre Versammlungen immer verstanden als das Versöhnungsangebot Gottes an die ganze Welt. Der christliche Gottesdienst müsse daher heute stärker verstanden werden als Ruf an die Welt und Dienst an der Welt. Vielleicht könnte über die Weltlichkeit des modernen Menschen eine neue Weise des Gottesdienstes gefunden werden.

In der anschließenden Diskussion wurde die Wichtigkeit der Kommunion unter beiden Gestalten hervorgehoben. Wenn man auch nicht so weit gehen könne, zu sagen, daß die Kirche dem Volk ein sakramentales Zeichen nicht vorenthalten dürfe — da ja die Kirche entschieden hat, daß der Kelch nicht als substantiell für die Kommunion der Gläubigen anzusehen ist —, so sei sicherlich die Kelch-Kommunion bei mehr Gelegenheiten, als es jetzt der Fall ist, wünschenswert (Prof. Bernhard Meyer, Innsbruck). Man müsse bedenken, daß der eigentliche Grund für die Abschaffung der Kelch-Kommunion die praktischen Schwierigkeiten waren; es könnte sein, daß die Gründe, die zur Abschaffung geführt haben, heute nicht mehr be-

stehen (Prof. Karl Amon, Graz). — Was den Zusammenhang zwischen Kult und Dienst an der Welt betreffe, müßte die Tatsache gesehen werden, daß die Kirche aus der Volkskirche, in die man hineingeboren wird, wieder in die Situation der kleinen Gruppe eingetreten ist. Die Glaubensverkündigung, die der Welt das Heil vermittelt, werde mehr und mehr auch außerhalb des Kirchenraumes erfolgen müssen, in neuer Weise, „auf Straßen und Plätzen“. Sie werde nicht in kultischer Form erfolgen, wofür schon die Erfahrung spricht, daß die Rundfunkübertragung einer Eucharistiefeier als peinlich und unangebracht empfunden wird. Man könnte auch die Frage stellen, ob nicht in Zukunft unter Umständen die Teilnahme am Wortgottesdienst bereits als Erfüllung des Sonntagsgebotes angesehen werden könnte (Prof. Meyer, Innsbruck).

Liturgie in der Krisensituation der Gemeinde

In einer Forumsdiskussion des ersten Tages über „Liturgie in der Krisensituation der Gemeinde“ (Prälat Dr. Leopold Ungar, Dr. Norbert Greinacher, Pfarrer Johann List, Kapfenberg, Msgr. Otto Mauer, Pfarrer Winfried Schöller, Linz, Pfarrer Franz Stubenvoll, Groß-Rußbach) war man sich einig, daß eine Krisensituation schon lange besteht und sehr tief reicht. Wenn keine Gemeinden realisiert werden könnten, gebe es keine Kirche. Die Großstadt-pfarreien seien uferlos geworden, befänden sich einer ungeheueren geistigen Konkurrenz gegenüber. Es gebe praktisch keine Möglichkeit einer Wortverkündigung über den Kreis der Messebesucher hinaus. Die missionarische Gestaltung von Liturgie und Wortverkündigung sei ein völlig ungelöstes Problem (Msgr. Mauer). Die künftige Sozialform der Kirche werde die überschaubare kleine Gemeinde sein; wenn große Pfarreien bestehen bleiben, seien Substrukturen notwendig. Ferner müßte die Fundamentaldemokratisierung unserer Zeit, nämlich der Anspruch des einzelnen, als Partner betrachtet zu werden, auch im Kirchenraum mehr berücksichtigt und die Konzilsaussage vom Volk Gottes ernst genommen werden. Der Gottesdienst sei zu sehr eine Sache, die vor den Gläubigen abgespielt wird. Auch Fragen müßten möglich sein. Es würde gut aufgenommen werden, wenn der Geistliche die Ankommenden zur Eucharistiefeier begrüßt (Dr. Greinacher).

Aus dem Kreis der übrigen Teilnehmer wurde angeregt, sich um wirklich neue Formen des Gottesdienstes zu bemühen, da die jetzige Reform im Grunde die Wiederherstellung der hellenistischen Liturgie vor 1500 Jahren sei. Diese Formen sprächen nicht aus sich selbst. Andererseits könnten wir gar nicht neu anfangen, da wir von der Heiligen Schrift nicht weg können. Es sei noch nicht ernst genug versucht worden, die Bilderwelt der Bibel aufzuschließen. Nicht zufällig habe sich die liturgische Bewegung mit der Bibelbewegung durchgesetzt. Man müsse dem Irrtum entgegentreten, daß der Laie nur die Berufung hat, in der Welt zu wirken. Er soll auch Aufgaben in kirchlichen Gemeinden übernehmen. Dringend ist ferner die Errichtung des Diakonates, der allerdings nicht mit der Verpflichtung des Zölibates verbunden werden dürfte.

Der Wortgottesdienst

Das zweite große Referat der Tagung hielt Prof. Amon, Graz, über „Grundvollzüge der Liturgie“. Denn die Verlebendigung der Liturgie hängt davon ab, ob die „Grund-

vollzüge“, nämlich Lesung, Gesang, Gebet im Wortgottesdienst und Brot, Kelch, Danksagung in der Eucharistiefeier in ihrem Wesen klar erkannt werden.

Der Wortgottesdienst sei nicht die Vorbereitung auf die eucharistische Feier, sondern Dialog zwischen Gott und der Gemeinde. Bei den Lesungen, deren Zahl beim Minimum angelangt ist, brauche es heute eine reichere Perikopenordnung. Der Gesang des Volkes als Antwort, daß Gottes Wort angenommen wird, müßte in seinem Wert gehoben werden. In erster Linie der Zwischengesang als der spontane Dank an Gott und als gegenseitiger Zuspruch der Gemeinde. Man müßte versuchen, so regte Prof. Amon an, für das Kirchenlied liturgischen Rang zu erhalten. Gerade im deutschsprachigen Raum sei es ein wesentliches Stück des geistigen Erbes der Völker.

Der dritte Teil des Wortgottesdienstes, das Gebet, ist eine sehr konzentrierte Anrede an Gott. Es besteht allerdings ein Abstand zwischen dem neutestamentlichen Beten — alle Jesus-Gebete haben die Anrede „Vater“ — und den römischen Orationen, die ein sehr bedeutendes und verpflichtendes Erbe Roms sind. Dafür könnte bei den Fürbitten versucht werden, das neutestamentliche Beten wieder zu beleben.

Auch Prof. Amon betonte die Verschiedenheit der Gaben Brot und Wein in der Eucharistiefeier. Er wies auf den Zusammenhang mit der bedeutsamen Handlung des Brotbrechens im Alten Testament hin: der Hausvater nahm das Brot, brach es und verteilte es, bei jeder Mahlzeit und im besonderen bei der Paschafeier. Brot und Gemeinschaft hingen eng miteinander zusammen. „Brotbrechen“ sei ja auch die älteste Bezeichnung für Eucharistie. Jesus habe dann dem Brotbrechen einen neuen Inhalt gegeben. Die Eucharistiefeier habe von den in den Häusern versammelten Familien den Ausgang genommen und nicht vom Tempelkult. Heilige Messen im kleinen Kreis seien daher wesentlich für ein vertieftes Verständnis. Für die Zukunft sei zu erwarten, daß die Reform noch die eine oder andere Ausweitung bringen werde, etwa für die vieldiskutierten Gottesdienste in kleinen Kreisen.

Sprache und Symbole

Für „Sprache und Symbole in der Liturgie unserer Zeit“ waren drei kürzere Referate angesetzt. Zum Thema „Sprache“ entwickelte Dr. Ignaz Zangerle, Innsbruck, folgende Gedanken: Sprache sei Zeichen und Garantie, daß der Mensch auf ein Du angelegt ist, daß er ein von Gott Angeredeter, auf Gott Hörender und Antwortender ist. Das Wesen der Offenbarungsreligion sei ja begründet in der Hörfähigkeit des Menschen. Zangerle wies auf die große Bedeutung hin, die die Dichtung für den Seelsorger haben kann: Die Dichtung stellt einen zweiten Zugang zur Wirklichkeit dar, sie kann Dimensionen erschließen, die sonst unbekannt bleiben; Dichtung hat noch immer das besondere Daseinsgefühl einer Epoche, ihre Hoffnungen und Verzweiflungen dargestellt; aus der zeitgenössischen Dichtung lernt man die Sprache der Mitlebenden; und was die christliche Dichtung im besonderen betreffe, so sei sie in Zeiten geistiger Trockenheit eine sehr große Hilfe. Zum Sprachproblem in der Kirche betonte Dr. Zangerle, daß sich die Sprache der betrachtenden Frömmigkeit am meisten verbraucht hat. Der große Erfolg von Autoren wie Waggener liege u. a. darin, daß ihre Werke in gewisser Hinsicht säkularisierte Andachtsliteratur sind.

Als nächster Sprecher entwarf P. Dr. Augustinus *Wucherer-Huldenfeld* O.Praem eine „Theologie des Symbols“: Wenn Symbol besagt, daß etwas an sich Verborgenes zugänglich wird, sich in wahrnehmbare Gestalt übersetzt, äußert, mitteilt, dann ist Jesus, das Wort Gottes, die „Selbstzusage Gottes an den Menschen“ das absolute Symbol, in welchem alle anderen Symbole kreisen: Gott hat sich durch seinen Logos ausgesprochen, sich in die menschliche Gestalt übersetzt und begreiflich gemacht, was er der Welt gegenüber sein will. Aus der Fortführung dieses Gedankens ergibt sich, daß alle Weltgestalten etwas aussagen, etwas bedeuten. In der Liebe Christi werden die Menschen zur Gemeinde, zu seiner Ausdrucksgestalt, die wir die Kirche nennen. So sei die Gemeinde Symbol Christi.

In Ergänzung zu den Ausführungen P. Augustin Wucherers legte sein Bruder *Gregor*, ebenso Prämonstratenser aus dem Stift Geras (N. Ö.) praktische Leitsätze vor. Die liturgischen Symbole müßten einsichtig sein, müßten unmittelbar etwas aussagen. Man möge versuchen, die Symbole den Menschen unserer Zeit aufzuschließen, statt über die Symbol-Unwilligkeit des technischen Zeitalters zu klagen. Es müßte auch überlegt werden, wie weit liturgiefremde Formen, z. B. bei staatsoffiziellen Gottesdiensten noch tragbar seien. Die sakramentalen Gestalten sollten nicht mit anderen Riten verbunden werden. Sehr stark mit fremden Formen seien die Erstkommunion und die Firmung überlagert, so daß vielleicht nur radikale Lösungen helfen können. Bei der Gottesdienstgestaltung müsse berücksichtigt werden, daß Meditation und Verweilen nötig sind, wofür die Wiederholung wichtig sei. Schließlich verlange der dynamische Charakter des Symbols neue Ausprägungen, was nur durch Dialog und Experiment geschehen kann; von den kirchlichen Stellen müßte hier zu Experimenten geradezu aufgefordert werden.

Meßfeiern und Gemeindestruktur

Zu zeigen, daß die Gestaltung der heiligen Messe sehr von der Struktur der Gemeinde abhängt, war das Anliegen des Referates von Pfarrer Joseph Ernst *Mayer*, Wien, „Grundstrukturen der Gemeinden und ihre spezifischen Meßfeiern“. Nach der inneren Glaubenshaltung könne man drei große Gruppen unterscheiden: die katholischen Christen, die katholisch getauften Gottgläubigen, die Nichtkatholiken. Man könne nicht mit allen in gleicher Weise Gottesdienst halten. Zur Gruppe der katholisch getauften Gottgläubigen gehörten etwa 50—60% der Bevölkerung. Sie haben einen ziemlich einheitlichen Glauben: Sie glauben an eine höhere Macht und sie beten. Sie konnten bisher meinen, daß der Gottesdienst am Altar, den sie nicht verstanden, ihr Gottesdienst sei. Durch die Liturgiereform aber sehen sie ihren Glauben in Frage gestellt. Je verständlicher die Gebete der Kirche werden, desto deutlicher wird der Abstand. Das Mißverständnis ist nicht mehr möglich. Aus diesen Kreisen komme daher auch der stärkste Widerstand gegen die neue Liturgie. Der Seelsorger könne nur mit sehr viel Geduld das Mißverständnis aufklären. Er wird verhindern müssen, daß diese 50—60% noch mehr aus der Kirche hinausgedrängt werden. Der Seelsorge sind aber auch die Nichtkatholiken empfohlen. Auch sie werden gelegentlich mit der Meßfeier konfrontiert. Sie müßten sehen, daß die Feier gekonnt wird und daß alle mit innerer Ergriffenheit am Werk sind. Eine ausdrücklich „missionarische“ Absicht aber würde sie verstimmen. Zu

den Grundstrukturen gehöre auch die Liebeshaltung. Die eucharistische Feier schließt die Bereitschaft zum Du des Bruders ein. In Wirklichkeit aber sind in den Gemeinden sehr viele Gleichgültige und Einsame, die allein bleiben wollen und daher zur Eucharistiefeier unfähig sind.

Verschiedene Meßfeiern

Den verschiedenen Strukturen der Gemeinden entsprechen verschiedene Meßfeiern. Für die Messe im kleinsten Kreis ergeben sich heute Möglichkeiten aus der neuen Spiritualität von Ehe und Familie. Diese Meßform sei zugleich von größter Wichtigkeit für die Erneuerung der gesamten Liturgie. Pfarrer Mayer betonte als seine Überzeugung (übereinstimmend mit Prof. Amon), daß die Reform der Liturgie nur dann gelingen wird, wenn wieder die Urform der Messe in der Hauskirche, in den christlichen Familien lebendig wird. Sonst würde auch die erneuerte Liturgie wieder erstarren.

Pfarrer Mayer unterschied „charismatische“ Gemeinden, „Gottesdienst-Gemeinden“ und Pfarrgemeinden. Die liturgische Bewegung verdanke den charismatischen Gemeinden sehr viel; was in die Pfarrgemeinden hinaus gewirkt hat, sei zuerst in diesen kleinen Gruppen gestaltet worden. Man werde diesen Gruppen mehr Freiheit zugestehen müssen, vor allem auf musikalischem Feld. Die „Gottesdienst-Gemeinden“ (etwa in einer Klosterkirche) seien lockerer gefügt. Sie dürften aber nicht das Refugium derer werden, die sich der neuen Liturgie entziehen wollen. Alle „Kann-Bestimmungen“ sollten schrittweise ausgeschöpft werden. Mit einem Minimum dürfte man sich nicht begnügen.

Bei den Rundfunkmassen, die auf jeden Fall eine verkümmerte, eben auf das Hören beschränkte Form sind, müßte die Dramaturgie des Hörspiels auf die Messe hin durchdacht werden.

Schließlich gebe es noch Sonderformen, die durch die schlechten Raumverhältnisse erzwungen sind. Hier geht Wesentliches verloren, daher sei der Umbau solcher Kirchen ebenso wichtig wie der Neubau von Kirchen.

In der Diskussion wurde hinsichtlich der Hausgottesdienste auf die große Schwierigkeit für den Priester wie für die Laien hingewiesen, wenn das Heilige so nahe in den Alltag gestellt wird. Ob solche Hausgottesdienste zustandekommen, wird davon abhängen, ob Familiengruppen als die Träger dieser Gottesdienste vorhanden sind (Dr. Helmut Erharder, Generalsekretär des Österreichischen Seelsorge-Instituts, Wien). Was die gewünschte stärkere Aktivität der Gläubigen angeht, werden sicher noch manche neuen Möglichkeiten entdeckt werden, etwa in der Art, wie sie im Trauungsritus bereits bestehen, daß der Bräutigam die Fürbitten vorträgt, daß die Brautleute Brot und Wein zum Altar tragen (Prof. Meyer).

Msgr. Hesse, der Leiter der Tagung, brachte als besonderes Anliegen vor, daß die nun gewährte reichere Auswahl an Schriftstellen nicht nur zu einem neuen Lektionar, sondern zur ganzen Bibel führen möge.

Die Sakramente

Im letzten Referat der Tagung „Sakramentale Lebensvollzüge im Aufbau der Gemeinde“ entwickelte Prof. B. *Meyer* SJ, Innsbruck, eine weitgespannte Theologie des Sakramentes: Im sakramentalen Geschehen geht es um eine geschichtliche, zeichenhafte Wirklichkeit, um die Begegnung des Menschen mit Gott im Zeichen der Menschheit Jesu. Diese sakramentale Christus-Begegnung ist zu-

gleich eine Vorwegnahme der eschatologischen Christus-Begegnung. Daher sei es ein Mißverständnis, wenn man die Sakramente bloß als Gnadenvermittlung versteht. Der Mensch Jesus ist das Wurzelsakrament, das Zeichen der Gnade Gottes; in ihm ist die Gnade Gottes dauernd in der Welt. Dadurch überwindet der Mensch die Fragwürdigkeit seines Lebens und seine innere Einsamkeit.

Unter den Leitgedanken für die Praxis hob Prof. Meyer hervor, daß der Liturge, der die Person Christi vertritt seinem Amte nur dann gerecht wird, wenn er mit vollem persönlichem Einsatz handelt. Er müsse sich der Aufgabe ganz zur Verfügung stellen. Wenn sich die Theologie aus seelsorglicher Verantwortung viel Mühe gegeben hat, festzustellen, was unbedingt notwendig ist, damit ein Sakrament zustande kommt, so dürfe diese unterste Grenze doch nicht die Norm sein. Es dürfe nicht übersehen werden, was zur vollen Gestalt des Sakramentes notwendig ist.

Notwendig seien ferner Einfachheit, Durchsichtigkeit, Volkstümlichkeit. In den kleinen Gruppen müßten neue Formen des Gottesdienstes entdeckt und für die ganze Pfarrgemeinde fruchtbar gemacht werden. Noch immer gebe es zu wenig Experimentierraum.

Ergänzende Vorträge behandelten Fragen des Kirchenbaues (Dr. Günter *Rombold*, Linz) und Fragen der erneuerten Kirchenmusik mit praktischen Beispielen (Dr. Philipp *Hannoncourt*, Graz).

Der Vorsitzende der Österreichischen Liturgischen Kommission, Weihbischof Dr. Eduard *Macheiner*, sicherte der Tagung zu, daß die Kommission alle auf der Tagung geäußerten Anregungen und Vorschläge aufgreifen werde.

Aus dem Vatikan

Erzbischof Garrone Am 3. Februar 1966 wurde der bisherige Erzbischof von Toulouse, Gabriel Garrone, durch Papst Paul VI. zum Pro-Präfekten der Kongregation für Seminare und Universitäten ernannt. Erzbischof Garrone tritt damit an die Seite des 87jährigen Kardinals Pizzardo, der die Kongregation bereits seit dem Jahre 1953 leitet. Der neue Pro-Präfekt wird auf sein bisheriges Bistum verzichten und seinen Wohnsitz in Rom nehmen. Damit ist mit aller Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß Garrone auch der Nachfolger von Kardinal Pizzardo sein wird.

Eine Überraschung

Die Ernennung kam überraschend und hat beträchtliches Aufsehen erregt. Es entspricht zwar nicht ganz den Tatsachen, was in den Tageszeitungen mehrfach gemeldet wurde, es handle sich dabei um die erste Berufung eines (nichtitalienischen) Diözesanbischofs in die Leitung einer römischen Kongregation. Bereits unter Pius XII. war Kardinal Stritch, Erzbischof von Chicago, zum Pro-Präfekten der Propaganda Fide ernannt worden. Kardinal Stritch starb allerdings kurz nach seiner Übersiedlung nach Rom. Trotzdem kommt der Ernennung von Erzbischof Garrone in mehrfacher Hinsicht außergewöhnliche Bedeutung zu. Das gilt sowohl für das Amt, in das er berufen wird, als auch für die Person des Berufenen.

Die einflußreiche Seminarkongregation — ihr unterstehen alle Seminare, kirchlichen Hochschulen und Katholischen und Päpstlichen Universitäten — gilt als eines der traditionsverhaftetsten römischen Dikasterien. Es dürfte neben

dem früheren Heiligen Offizium und der Ritenkongregation die meisten Kritiken von Seiten der Bischöfe und Seminarvorstände auf sich geladen haben. Kardinal Pizzardo, bis 1959 auch Sekretär des Heiligen Offiziums, galt nicht nur wegen seines hohen Alters als ein neueren wissenschaftlichen Forschungsmethoden und pädagogischen Errungenschaften wenig aufgeschlossener Kardinal. Sekretär der Seminarkongregation ist und bleibt Erzbischof Dino Staffa, bekannt als Vertreter streng thomistischer Tradition und einer der engagiertesten Vorkämpfer gegen die Verabschiedung der Lehre von der Kollegialität und der Erklärung über die Religionsfreiheit auf dem Konzil. Sein unmittelbarer Vorgänger war der jetzige Erzbischof von Palermo, Kardinal Ruffini, streitbarster und zugleich humorvollster Verfechter der Konzilsminderheit in nahezu allen theologischen und disziplinären Fragen.

Der neue Pro-Präfekt

Erzbischof Garrone ist 65 Jahre alt und Autor mehrerer theologischer Werke. Vor dem Krieg war er mehrere Jahre Professor am Priesterseminar von Chambéry, das er von 1945—47 als Regens leitete. 1947 wurde er Koadjutor, 1956 als Nachfolger von Kardinal Saliège Erzbischof von Toulouse. Er gilt als der theologisch führende Kopf innerhalb der französischen Bischofskonferenz. Er war Mitglied der Theologischen Konzilskommission und ist in der Konzilsaula durch mehrere sehr beachtete Interventionen (Kollegialität der Bischöfe, Religionsfreiheit, Priesterausbildung) hervorgetreten. Auf der letzten Sitzungsperiode fungierte er als Berichterstatter der Gemischten Kommission für das Schema 13. Er hat als bischöflicher Berater auch an dem von P. Labourdette veröffentlichten Bericht der von den französischen Bischöfen eingesetzten theologischen Studienkommission über die Arbeiterpriester (deutsch: Arbeiterpriester, Basel 1960) mitgearbeitet und dazu das Vorwort geschrieben.

Garrone wird aber auch organisatorisches Talent nachgesagt. Seit der Einteilung der Diözesen Frankreichs in neun Pastoralregionen im Jahre 1961 (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 158) ist er Vorsitzender der Südregion. Mehrere Jahre war er auch Vorsitzender der Bischofskommission für den Klerus und die Seminare. Er hat im wesentlichen das neue Statut der Französischen Bischofskonferenz vorbereitet, das auf deren Plenarsitzung im Mai 1964 angenommen wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 468). Seither war er zugleich Vizepräsident des Ständigen Rates der Bischofskonferenz und in dieser Eigenschaft der eigentliche Moderator der Konferenz. Der neue Pro-Präfekt verfügt also über eine reiche Erfahrung in seiner Diözese und in seinen Ämtern innerhalb der französischen Bischofskonferenz, und er bringt für sein neues Amt die unmittelbar praktische Erfahrung des Seminars und des theologischen Studienbetriebs mit.

Weniger entscheiden, mehr koordinieren

Seine berühmt gewordene Intervention anlässlich der Konzilsdiskussion über die Priesterbildung im November 1964 enthielt nicht nur eine offene Kritik an den bisherigen Methoden der Seminarkongregation, sondern auch die Grundlinien eines künftigen Reformkonzepts. Erzbischof Garrone tadelte die „unzeitgemäße“ Art und Weise, nach der diese Kongregation arbeite. Sie müsse mehr Verständnis aufbringen für den Fortschritt in den

philosophischen und theologischen Studien und für ihr gewandeltes Verhältnis zu den anderen Wissenschaften. Er verlangte, die Kongregation sollte mehr Priester und Wissenschaftler aus aller Welt konsultieren, um den Bischöfen bei der Eingliederung modernen Gedankenguts in die theologischen Studien helfen zu können. Da durch das Konzil zudem viele Vollmachten in dieser Materie von der Kongregation auf die Bischofskonferenzen übergingen, müsse diese eine neue Struktur und ganz neue Aufgaben erhalten. Sie müsse viel weniger entscheiden, dafür aber mehr koordinieren und dem gegenseitigen, weltweiten Erfahrungsaustausch dienen.

Es wird nun erste Aufgabe des neuen Pro-Präfekten sein, die Reform der Kongregation nach diesen Zielsetzungen durchzuführen. Schon die Tatsache, daß der Bischof, der die bisherige Arbeitsweise der Kongregation am offensten kritisiert hat, zu deren Leitung berufen wurde, zeigt, daß er sich bei der Durchführung der Reform auf die Autorität des Papstes stützen kann. Erzbischof Garrone ist unter den gegenwärtigen Präfekten und Pro-Präfekten der römischen Kongregation der einzige Nichtkardinal. Mit seiner Kreierung ist wohl im nächsten Konsistorium zu rechnen.

Neuer Untersekretär der Glaubenskongregation

Am 12. Februar wurde in Rom auch die bereits seit längerer Zeit erwartete Ernennung des Löwener Dogmatikers Charles Moeller zum Untersekretär der Kongregation für die Glaubenslehre bekanntgegeben. Moeller ist sowohl als Dogmatiker wie als Literaturhistoriker international bekannt und zählte zu den aktivsten und einflußreichsten Periten des Konzils. Er war als Konsultor der theologischen Kommission Mitglied der Redaktionskommission für das Schema 13. Moeller ist auch in der ökumenischen Arbeit hervorgetreten und war bisher der maßgebende Promotor des von Paul VI. während der Zweiten Konzilssession angekündigten „Instituts für Heilsgeschichte“ in Jerusalem. Der neue Untersekretär nimmt die Stellung des früheren Kommissars ein.

Beide Ernennungen, sowohl die Erzbischof Garrones wie die von Prof. Moeller, sind nicht nur erste Anzeichen einer größeren und radikaleren Internationalisierung der maßgebenden Ämter der Kurie, sondern zugleich ein Beweis für das Bestreben des Papstes, mit der Internationalisierung der Kurie international angesehene und erfahrene Fachkräfte aus der Weltkirche zuzuführen. Damit rücken an der Kurie nicht nur neue Männer in Schlüsselstellungen nach. Die neuen Männer sind zugleich Garantie für eine stärkere fachliche Qualifikation der Kurienämter und bürgen dafür, daß die Kurienreform nicht nur in einer administrativen und personellen Reorganisation steckenbleibt, sondern zu einer echten geistigen Blutauffrischung führt.

Weitere Veränderungen an der Kurie

Der soeben erschienenen Neuausgabe des Päpstlichen Jahrbuches 1966 ist zu entnehmen, daß inzwischen einige weitere unauffällige Veränderungen an der Kurie vorgenommen wurden. Das Heilige Offizium erscheint bereits unter seiner neuen Bezeichnung „Kongregation für die Glaubenslehre“. Die Abteilung Bücherzensur ist aus dem Ämterverzeichnis der Kongregation gestrichen (was selbstverständlich nicht die Aufhebung des Index, wohl aber eine bevorstehende Reform bedeutet). Das Amt des Kommissars und das der Qualifikatoren ist ebenfalls nicht

mehr verzeichnet. Die Sekretäre der drei römischen Kongregationen, deren Präfekt der Papst selbst ist (Kongregation für die Glaubenslehre, Konsistorialkongregation, Ostkirchenkongregation), tragen künftig den Titel eines Pro-Präfekten. An die Stelle des bisherigen Assessors tritt in diesen drei Kongregationen der Sekretär, an die Stelle des bisherigen Substituten der Untersekretär. Man kann daraus auf eine allgemeine Angleichung und Vereinheitlichung der obersten Ämter in den verschiedenen Kongregationen schließen. Neu ist das Institut der Pro-Nuntien. Diesen Titel führen die päpstlichen Nuntien (seit 1965) in jenen Ländern, deren Regierungen den protokollarischen Vorrang des Nuntius nicht anerkennen, aber mit dem Vatikan volle diplomatische Beziehungen unterhalten.

Aus Süd- und Westeuropa

Kirchliche Veränderungen in Italien

Innerhalb Italiens sind zwei wichtige kirchliche Veränderungen zu verzeichnen: die Ernennung eines neuen Vorsitzenden der Bischofskonferenz und die Neuordnung der Diözese Rom durch Papst Paul VI. Die Italienische Bischofskonferenz wurde seit dem vorzeitigen Rücktritt ihres früheren Vorsitzenden Kardinal Siri, Erzbischof von Genua, im Herbst vorigen Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 596) von einem Dreiergremium geleitet, das zusammengesetzt war aus den Kardinalen Colombo (Mailand), Florit (Florenz) und Urbani (Venedig). Dieses Provisorium wurde nun beendet.

Neuer Vorsitzender der Bischofskonferenz

Der Papst hat laut „Osservatore Romano“ vom 2. Februar 1966 Kardinal Giovanni Urbani, Patriarchen von Venedig, zum neuen Vorsitzenden ernannt. Gleichzeitig wurde der bisherige Sekretär der Konferenz, Titularerzbischof Alberto Castelli, in seinen Funktionen bestätigt. Der „Osservatore Romano“ weist in seiner Notiz darauf hin, die beiden Ernennungen bzw. Bestätigungen seien erfolgt „gemäß dem neuen Statut“ der Bischofskonferenz, das vor kurzem vom Heiligen Stuhl gebilligt worden sei. Das neue Statut — das ursprüngliche Dreiergremium war hauptsächlich zur Erarbeitung des Statuts berufen worden — (im Wortlaut veröffentlicht in „L'Avvenire d'Italia“, 15. 2. 66) legt nicht nur die Zuständigkeiten der Konferenz, sondern auch die Organe und deren Arbeitsweise bis ins einzelne fest. Es fällt u. a. auf, daß darin auch den Weihbischöfen das Stimmrecht zuerkannt wird. Ein Umstand, der nicht ganz ohne Folge für andere Konferenzen bleiben dürfte. Aus dem Statut geht auch hervor, was durch die Ernennung von Kardinal Urbani ohnehin klar wurde, daß auch künftig sowohl der Präsident wie der Sekretär der Bischofskonferenz nicht von der Vollversammlung des Episkopats gewählt, sondern vom Papst ernannt werden. Daran ändert für Italien auch das Dekret über das Hirtenamt der Bischöfe nichts (vgl. ds. Heft, S. 135), das die Wahl des Präsidenten durch die Konferenzen selbst vorsieht. Diese Ausnahme erklärt sich aus der Sonderstellung Italiens gegenüber Rom bzw. dem Papst, da dieser nicht nur Oberhaupt der Gesamtkirche und „Patriarch des Abendlandes“, sondern auch Primas von Italien ist. Man hätte sich zwar eine Wahl des Vorsitzenden durch die Konferenz (bei nachfolgender Bestätigung durch den Papst) denken können, für die Umgehung einer Wahl sprachen aber wohl nicht nur die

Vorrechte des Papstes, sondern auch die besonderen Verhältnisse Italiens und die notwendige Autorität, die der neue Vorsitzende braucht, um mit Billigung des Apostolischen Stuhles die größte Aufgabe durchzuführen, die in nächster Zukunft seiner und der italienischen Bischofskonferenz wartet: die Verringerung der Zahl der italienischen Diözesen und deren Angleichung an die Provinzgrenzen.

Der neue Vorsitzende ist 66 Jahre alt und Nachfolger von Kardinal Roncalli als Patriarch von Venedig. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er längere Zeit Nationalassistent der Katholischen Aktion. Mit der inneren Organisation der Bischofskonferenz ist er engstens vertraut. Er war nach ihrer Gründung 1952 ihr erster Sekretär. Er gilt als pastoral aufgeschlossen und ist auf der Vierten Konzilsession durch eine markante Stellungnahme zugunsten der Erklärung über die Religionsfreiheit hervorgetreten. Nach der jahrelangen straffen Leitung der Konferenz durch Kardinal Siri dürften mit Kardinal Urbani kollegialere Führungsformen in die Konferenz einkehren.

Neugliederung der Diözese Rom

Die Neugliederung der Diözese Rom ist die zweite wichtige Veränderung in der Kirche Italiens seit Konzilschluß. Die Maßnahme des Papstes wurde durch das *Motu proprio Romanae urbis* vom 2. Februar 1966 (vgl. „Osservatore Romano“, 11. 2. 66) bekanntgegeben. Nach diesem *Motu proprio* wird die Diözese Rom in fünf Seelsorgsbezirke unter der jeweiligen Leitung eines Weihbischofs aufgeteilt. Der erste Bezirk umfaßt das historische Zentrum der Stadt innerhalb der alten Stadtmauern. Die Bezirke der „Peripherie“ werden abgegrenzt durch die Via Appia, Tiburtina, Cassia und Magliana. Das Zentrum untersteht dem „Vizegerente“ (Stellvertreter des Kardinalvikars im Range eines Titularerzbischofs). Die anderen vier Bezirke unterstehen den beiden bisherigen Weihbischöfen Poggi und Canestrini und den zwei weiteren vom Papst gleichzeitig ernannten Weihbischöfen. Der eine von ihnen war bisher im Staatssekretariat tätig, der andere ist Pfarrer einer Vorstadt-pfarrei. Welche Jurisdiktionsvollmachten die Weihbischöfe in ihren Bezirken haben werden, geht aus dem *Motu proprio* nicht klar hervor. Bei diesen Dezentralisierungsmaßnahmen handelt es sich um die unmittelbare Anwendung des Dekrets über das Hirtenamt der Bischöfe, das die Aufteilung von Großstadtdiözesen in kleinere Seelsorgsbezirke und deren Unterstellung unter die Leitung eines „bischöflichen Vikars“ vorsieht (vgl. ds. Heft, S. 137). Der Papst erinnert in dem zitierten *Motu proprio* an die Pflicht der Diözese Rom, den anderen Diözesen der Welt ein Beispiel zu geben.

Spanien und die Verwirklichung des Konzils

Wie die meisten nationalen Episkopate veröffentlichten auch die spanischen Bischöfe nach dem Abschluß des Konzils eine gemeinsame Erklärung. Sie sprachen sich darin gegen die doppelte Gefahr des Immobilismus auf der einen und der Neuerungssucht auf der anderen Seite aus. Wenn auch während der Konzilsdebatten gegensätzliche Meinungen zulässig gewesen seien, müßten diese nun mit der feierlichen Proklamation der Beschlüsse zu Ende sein. Jetzt gehe es darum, die Konzilsbeschlüsse in Gehorsam zu verwirklichen.

Der souveränste spanische Kommentar zum Konzil stammt aber von einem Laien in offizieller Stellung. Es handelt sich um ein Interview der führenden Madrider Tageszeitung „ABC“ (26. 12. 65) mit dem spanischen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Antonio Garrigues. Garrigues ist Jurist, 62 Jahre alt, und war vorher Botschafter in den USA.

Nach der religiösen Quintessenz des Konzils befragt, erklärte der Botschafter: „Die neue Liturgie, die Konstitution über die Kirche, der Ökumenismus, die Aufwertung des Laien, das Schema 13 usw. — was bedeuten sie anderes als eine Antwort auf die Frage: Wer ist mein Nächster? Der von Paul VI. in der Enzyklika *Ecclesiam suam* in alle Würden erhobene Dialog — was will er anderes als Nächstenliebe? Man kann einen Dialog nicht auf Distanz führen. Es ist, als ob die Kirche die Idee vom Nächsten, vom Mitmenschen vertieft und zum erstenmal deutlich gemacht hätte, daß unsere Nächsten alle Menschen und daß die ganze Menschheit unsere Mitmenschen sind. Nicht daß sie ‚getrennte Brüder‘, sondern daß die ‚Getrennten‘ unsere Brüder sind! Die Kirche hat sich im Konzil zusammengefunden, nicht um die Menschheit zu richten, sondern sie zu retten. Um sie zu retten, muß man sich aber auf den Weg machen, sich annähern, sich mitteilen . . . Vom Konzil gibt es nichts zu fürchten, es sei denn jene erbärmliche Furcht, die das Konzil fürchtet. Wenn es vielleicht Unsicherheiten erzeugt oder auf gewisse Situationen oder Haltungen der Tradition und des Heimwehs einige Schatten wirft, so ist das unvermeidlich, wenn etwas in der Geschichte sich verleblicht (und welch herrliche Leiblichkeit hatte doch dieses Konzil!).“

Auf die Frage, ob das *aggiornamento* nicht einen gefährlichen Relativismus bedeute, antwortete der Botschafter: es handle sich nicht um Relativismus. Die Kirche sei kein Gebäude, sondern ein Prozeß des Bauens (so wie es in der Schrift heiße: „Ich werde meine Kirche bauen“ und nicht: „Ich habe sie erbaut“). „Ein Relativismus wäre es, wenn man auf unterschiedlichen Fundamenten baute, nicht aber wenn man das Neue auf den gleichen Felsen baut, auf den gleichen Glauben des Petrus in Christus Jesus.“

Anwendung auf Spanien

Ob der Kirche eben nicht ihrer Natur nach eine gewisse Starrheit eigne? Dazu meinte Garrigues: Die Kirche komme nicht von den Menschen, sondern von Gott, allerdings einzig und allein für die Menschen. „Bleibe sie unbeweglich und verzichtete auf Wandlung und Erneuerung, während sich doch die Menschheit ständig wandelt und erneuert, so wäre sie zwar sozusagen noch göttlich, aber sie hörte auf, menschlich zu sein, weil sie der Menschheit nicht mehr diene. Dienst an der Menschheit macht aber das eigentliche Wesen der Kirche aus.“

Man dürfe nun diese Dinge nicht partikulär verstehen, sondern unter der spezifischen Dimension der Weltkirche, d. h. ihrer Universalität. Die Kirche sei wie ein Familienvater, der seine Kinder ohne Diskriminierung erziehe und zu gleicher Zeit das Wohl aller und das Wohl jedes einzelnen vor Augen habe. „Jede nationale Kirche muß ihre eigenen Probleme in diesem Quell untergehen lassen, wenn sie nicht nur national, sondern auch katholisch sein will.“

Um den gewiß besonderen Fall Spaniens zu verstehen, müsse man sich vergegenwärtigen, daß jedes Bauwerk —

und schon gar eines von der Größe der Kirche — viele Wohnungen habe. Die Treue Spaniens zum Heiligen Stuhl war immer so groß, daß sie in der Geschichte ein nahezu ununterbrochenes Faktum darstelle. Um ihretwillen habe man den weisen Grundsatz „Alles in Maßen“ durch die Vollblut-Maxime „Päpstlicher als der Papst“ ersetzt. „Man hat die Anhänglichkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl sogar in das Grundgesetz der Nationalen Bewegung übernommen, indem man sich darin verpflichtete, die staatlichen Gesetze an den Lehren der Kirche auszurichten. Diese Treue verpflichtet, da sie doch echt und nicht nur fingiert ist, die spanischen Katholiken, zu fühlen und zu leben, wie die Kirche in dieser Konzilstunde fühlt und lebt; jede andere Haltung, so fromm und eifrig sie auch wäre, ist nichts anderes als eine mehr oder weniger versteckte Form der Ablehnung.“

Konkordat und religiöse Einheit

Der Interviewer fragte Botschafter Garrigues nach den staatsrechtlichen Folgen und etwaigen Auswirkungen auf das Konkordat.

Der Botschafter räumte ein, zwischen den Konzilsbeschlüssen und den Konkordatsvereinbarungen könnten sich Widersprüche ergeben. „Da die Erfüllung von Verträgen nicht der Willkür eines der beiden Teile überlassen werden kann, müssen solche Widersprüche von den beiden Vertragspartnern neu überlegt und neu verhandelt werden. Es handelt sich um den bekannten Konflikt zwischen einem allgemeinen und einem besonderen Gesetz, bei dem sich das besondere Gesetz, nämlich das Konkordat, technisch gesehen, neu behaupten muß.“

Die religiöse Einheit Spaniens sei eine historische Tatsache und keine bloße Illusion. Sie sei für den spanischen Katholizismus auch im allgemeinen Kontext des Konzils eine unverzichtbare Realität. „Freilich können wir, wie die Erklärung der Bischöfe sagt, nicht mehr bloß im Vertrauen darauf, daß unsere katholische Einheit von den weltlichen Gesetzen und Traditionen verteidigt wird, einfach ausruhen.“ Es müsse eine unverfälschtere, offenere, entpolitisierte Einheit sein. Darauf habe sich wohl die Forderung des Papstes auf eine „dynamische Einheit“ für Spanien bezogen... Es gehe darum, trotz allem weiterhin ein „christliches Volk“ zu bleiben.

Aber ist dieses Konzept eines christlichen Volkes nicht unvereinbar mit der Forderung der religiösen Freiheit? Dazu meinte der Botschafter: Dieses Konzept sei absolut zu vereinbaren mit dem respektvollen Zusammenleben mit anderen, nichtkatholischen oder nichtchristlichen oder nichtreligiösen Glaubensformen. „Ein Volk wäre nicht wirklich christlich, wenn es ungerecht und willkürlich andere Formen des Glaubens (soweit sie nicht der öffentlichen Ordnung widersprechen) drosselte oder unterdrückte.“ Es gehöre wesentlich zum Christenmenschen, daß er anderen nicht das antue, was er nicht selbst erdulden möchte. Das sei die Lehre des Konzils. Recht verstanden und angewendet, widerstreite sie in nichts dem spanischen Charakter und werde zweifellos dem spanischen Rechtssystem getreulich eingegliedert werden.

... ein geschichtlicher Augenblick

Für Spanien sei das Konzil ein großer geschichtlicher Augenblick. Das aggiornamento der Weltkirche sei nichts anderes als die Vorarbeit, die Grundlage und die Rechtfertigung für das eigene, so notwendige aggiornamento. „Die Öffnung der Kirche zu allem hin, was ihr nahe und

von Wert ist, sollte unserer eigenen Notwendigkeit zu Hilfe kommen, alles zu integrieren, was integriert werden kann.“

Der erst im Juli 1965 ernannte neue spanische Justizminister Antonio M. Oriol (Kirchenangelegenheiten unterstehen in Spanien dem Justizministerium) hielt im Dezember eine Pressekonferenz, in der er die Bereitschaft des spanischen Staates betonte, die Konzilsbeschlüsse zu verwirklichen; er bat freilich um Geduld hinsichtlich der gesetzlichen Kodifizierung, vor allem im Hinblick auf das Konkordat. Die Madrider katholische Tageszeitung „Ya“ (14. 1. 66) schrieb dazu einen Leitartikel. Sie nannte die hauptsächlichsten Widersprüche zwischen dem Konkordatstext (vgl. Herder-Korrespondenz, 8. Jhg., S. 21 ff.) und den Konzilsbeschlüssen, die sich nicht auf die Religionsfreiheit beschränken: das Ernennungsrecht des Staatshaupts für Bischöfe, die Besetzung der niedrigen (nicht-konsistorialen) Benefizien und die staatlichen Bezüge für Klerus und kirchliche Institutionen. Die Zeitung erinnert daran, daß auch das Konkordat wesentlich die Zusammenfassung vorausgegangener staatsrechtlicher Regelungen war, und fordert die Regierung auf, die erforderlichen Reformen einzeln und ohne unnötige Verzögerungen in Angriff zu nehmen.

Die spanischen Bischöfe beim Konzil

In einem Leitartikel der katholischen Wochenzeitung „Vida Nueva“ (Madrid, 8. 1. 66) schrieb eine weibliche Kolumnistin über das Interview von Garrigues: „Diese Erklärungen scheinen mir die glücklichsten zu sein, die bis zur Stunde zu diesen konkreten Aspekten abgegeben wurden. Wir katholischen Spanier müssen dem Botschafter für diese Ausführungen dankbar sein; ich halte die darin vorgebrachten Ideen für grundlegend und höchst angebracht: Dies ist nicht der Zeitpunkt, um uns wieder einmal in die Idee einzukapseln, der Katholizismus unseres Landes sei ein Sonderfall, um am Rand der Weltkirche zu verbleiben.“

Der Artikel erinnert an einen Hintergrund zu diesem Interview: „Offenbar wußten es nicht wenige, daß der Botschafter Spaniens beim Heiligen Stuhl, Don Antonio Garrigues, am Rande des Konzils eine Arbeit von ungeheurer Kunstfertigkeit zugunsten der Kirche und zugunsten Spaniens besorgt hat, indem er Tag für Tag um seine Tafel Bischöfe unseres Landes versammelte und diese mit unverkennbarer Absicht unter Konzilsväter und Theologen der verschiedensten Nationalitäten und unterschiedlichster kirchlicher Richtungen mischte.“

Was weniger bekannt war und was in einer spanischen Zeitschrift wohl auch nicht geschrieben werden kann, darf an dieser Stelle zur Erläuterung ergänzt werden: Seit der 89jährige Erzbischof von Toledo, Kardinal Enrique Pla y Deniel, aus Krankheitsgründen seine Funktion als Primas de facto nicht mehr wahrnehmen kann, sind die Meinungsverschiedenheiten im spanischen Episkopat außerordentlich tiefgreifend geworden. Erzbischof Casimiro Morcillo González von Madrid, der als Untersekretär des Konzils für die Reihenfolge der Wortmeldungen zuständig war, mußte sich in der Vierten Session gegen den Vorwurf verteidigen, er lasse nur diejenigen seiner spanischen Mitbrüder zu Worte kommen, die gegen die Religionsfreiheit eingestellt sind oder mindestens für eine starke Modifizierung in „katholischen“ Ländern plädierten. Nun wurden bekanntlich fast zwei Drittel aller Interventionen der Konzilsväter nur schriftlich ein-

gereicht. Erst ein späteres Aktenstudium kann also zeigen, ob das einseitig konservative Bild vom spanischen Episkopat aus der Vierten Session die Gesamtheit, die Mehrheit oder nur eine Minderheit repräsentierte. Viele Indizien (nicht zuletzt die vorausgegangenen Sessionen) sprechen eher für das letztere.

In Rom und zu Hause

Papst Paul wandte sich jüngst zweimal an die spanische Kirche. Am 13. November, etwa gleichzeitig mit den letzten Beratungen und Abstimmungen zum Dekret über die religiöse Freiheit, weihte er in Rom das neue Spanische Kolleg ein. Er sprach dabei von den Pflichten der spanischen Kirche, „zwischen den unveränderlichen Elementen unseres Glaubens und den in großem Ausmaß wechselnden äußeren Umständen eine Beziehung herzustellen“ und die katholische Einheit „in ihren tieferen Dynamismus überzuführen“. Bei dieser Feier war der Justizminister anwesend, der sich aber nicht äußerte. Eine Woche später weilte Informationsminister Fraga Iribarne in Rom und versicherte, die spanische Regierung sei zur engsten Zusammenarbeit mit der Kirche auf den vom Konzil eingeschlagenen neuen Wegen bereit.

Bei der Abschiedsaudienz des Papstes für den spanischen Episkopat am 26. November 1965 forderte Paul VI. erneut zu jener dynamischen Einheit auf, „die dem Schatz des traditionellen Erbguts den Reichtum der neuen Entwicklungen hinzufügt“.

Nach der Rückkehr nach Spanien gaben der Episkopat als Ganzer und die meisten Bischöfe Erklärungen ab, in denen sie zur Verwirklichung des Konzils aufriefen. Sie vermieden jedoch präzise Stellungnahmen und beschränkten sich im allgemeinen darauf, vor Extremen jeder Art zu warnen. Am mutigsten war eine Äußerung des langjährigen Sekretärs des spanischen Episkopats und jetzigen Erzbischofs von Oviedo, Vicente Enrique Tarancón. „Die vom Konzil verkündete religiöse Freiheit verlangt von uns in Spanien einen Wandel der Mentalität. Wir sind daran gewöhnt, das Religiöse mit dem Patriotischen zu vermischen, an eine Haltung der Verteidigung, der Bewahrung. Wir wußten bisher katholisch zu sterben, aber nicht katholisch zu leben. Die Freiheit wird uns viel Gutes bringen, wenn wir es verstehen, auf der Höhe der Zeit zu bleiben.“

Die Meinung Francos

Der spanische Staatschef scheint das Konzil nur als Selbstbestätigung zu empfinden, wenn man seine Neujahrsansprache zum Maßstab nimmt. Er erklärte darin wörtlich: „Die Normen für das gesellschaftliche Zusammenleben, die vom Konzil ausgehen, sind für uns Spanier besonders schmeichelhaft, sehen wir in ihnen doch erneut unsere Bestrebungen und unseren legitimen Ehrgeiz auf soziale Gerechtigkeit ausgedrückt, die uns in jedem Augenblick bewegt haben. Wie oft konnten wir dabei — unter schwierigeren Umständen als vielleicht bei irgendeinem anderen Volk — nicht auf das verdiente Verständnis zählen! Wir haben dennoch gekämpft, um eine christliche Gesellschaftsordnung aufzubauen, die getreu den Grundsätzen des Evangeliums folgt, die mit Realismus an die spezifischen Gegebenheiten unseres Landes angepaßt ist und die immer von der kämpferischen Konfessionalität unseres Staates bestimmt wird. Zum Abschluß dieses historischen Jahres 1965 können wir Spanier der Kirche die Realität von gesellschaftlichen Einrichtungen bieten,

die mit ihrer Lehre in Einklang steht und die den unerschütterlichen Willen hat, unmittelbar erobernd weiterzustreben. Unsere ungebrochene Treue zum Geist des 18. Juli [nationale Erhebung von 1936] fordert von uns, mit Entschlossenheit auf diesem Weg weiterzugehen...“

Auf dem Weg zur religiösen Freiheit

Von allen Konzilsdekreten ist das Dekret über die Religionsfreiheit für manche Spanier das am schwersten verständliche. Die katholische Einheit (in einer Dimension, in der man nicht mehr nach ihrem Realitätsgehalt fragt) ist für sie ein nationaler Ehrentitel, der nun plötzlich nichts mehr gelten soll. Wie der Bischof von Salamanca feststellte, ist hier ein Umerziehungsprozeß nötig, der für viele schmerzhaft ist.

Seit vielen Jahren bemüht sich Außenminister (vorher Vatikanbotschafter) Fernando M. Castiella im Kabinett um ein „Protestantenstatut“, das die bürgerlichen Rechte der nichtkatholischen Minderheit erweitern soll. Vor drei Jahren wurde bekanntgegeben, man wolle mit seiner Verabschiedung warten, bis das Konzil das Dekret über die Religionsfreiheit verkündet habe. Optimisten nehmen an, der spanische Staat werde sein Statut nun bis zum 29. Juni (an dem die letzten Disziplinardekrete des Konzils in Kraft treten) vorlegen. Das ist alles, was man gegenwärtig schon sagen kann. Vielleicht wird man später feststellen, daß die lange Verzögerung für den Inhalt der unausbleiblichen Neuregelung von Vorteil war.

Die atmosphärischen Wandlungen gehen in verstärktem Maß weiter. Bei der Weltgebetsoktav für die Einheit im Glauben war die Beteiligung in den großen Städten noch stärker und freimütiger. In Madrid fanden die gemeinsamen Gebetsgottesdienste an drei der sieben Tage in einer evangelischen Kirche statt. In Salamanca sprach zum erstenmal eine Protestantin in der Päpstlichen Universität: Generalsekretär José Cardona-Gregori am 20. Januar über die Bewertung des Dekrets über die Religionsfreiheit. Vor dem spanischen Fernsehen sprach nicht nur wieder der Prior von Taizé, sondern zum erstenmal auch ein Madrider Protestant; er wies darauf hin, daß er vom Vater her schon in der fünften Generation, von der Mutter her in der dritten aus protestantischen spanischen Familien stammt.

Die Syndikatszeitung „Pueblo“ brachte ein Bild von Bischof Santos Molina (von der spanischen Episkopalkirche) in vollem Ornat und einen von ihm geschriebenen Artikel über den Begriff des Proselytismus. Enrique Miret Magdalena (vgl. Herder-Korrespondenz, 14. Jhg., S. 645) veröffentlichte in „Vida Nueva“ (15. 1. 66) einen zweiseitigen illustrierten Beitrag „In Spanien gibt es 30 000 getrennte Brüder“, in dem es abschließend heißt: „Haben wir doch ein wenig mehr Vertrauen in Christi Wahrheit, die wir in einem Klima der Freiheit ausbreiten müssen und die keine allzumenschlichen Hilfsmittel braucht! Nur so werden wir unsere Religion von vielen Mängeln und menschlichen Unvollkommenheiten reinigen, die in einer ehrlichen Konfrontation mit anderen Glaubensbekenntnissen nicht mehr möglich sind.“

Pastorale Neuerungen in Frankreich

Vom 25. bis 27. Januar hielt der Ständige Rat der französischen Bischofskonferenz (zur Struktur der Konferenz vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 468) in Paris seine erste Tagung nach Konzilsschluß ab. Die Ta-

gung galt vor allem der Beratung über verschiedene bereits vorbereitete Schriftstücke zu pastoralen Fragen, deren Veröffentlichung für die nächste Zeit angekündigt wurde.

Verschiedene Pastoraldokumente in Vorbereitung

Ein erstes Dokument — über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung —, das demnächst veröffentlicht werden soll, wurde von der Kommission für Soziales und Caritaswesen vorbereitet und verfolgt den Zweck, den Inhalt des Abschnitts über das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in der Pastoralconstitution über die Kirche in der Welt von heute auf die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse Frankreichs zu adaptieren.

Ferner wurden angekündigt: ein Dokument über die Ehevorbereitung, das gegenwärtig von einer eigens dafür bestellten Kommission ausgearbeitet wird; ein Dokument über die Familienpastoral und eine Pastoralinstruktion des Episkopats zur gegenwärtigen Taufpraxis (dabei geht es vor allem um die Frage, ob ein Priester die Taufe von Kindern nichtpraktizierender oder de facto ungläubiger Eltern vornehmen soll oder nicht). Weitere Beratungspunkte waren die Frage nach der Möglichkeit der Verlegung des Besuchs der Sonntagsmesse auf den Samstagabend und die Einrichtung des ständigen Diakonats. Einzelheiten wurden darüber nicht mitgeteilt. Die beiden Fragenkomplexe sollen zunächst der im Oktober stattfindenden Vollversammlung des Episkopats vorgelegt werden.

Daneben befaßte sich die Tagung auch mit Fragen der unmittelbaren Konzilsverwirklichung. Es wurde beschlossen, ein eigenes Verbindungssekretariat zu den anderen europäischen Bischofskonferenzen ins Leben zu rufen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand aber die Anwendung der Bestimmungen des Bischofs- und des Priesterdekrets in den einzelnen Diözesen und die Verwirklichung der durch diese Dekrete vorgesehenen Einrichtungen (Priesterrat, Seelsorgsrat). Auch die Frage erweiterten Einsatzes von Arbeiterpriestern wurde erörtert. Der bisherige Pressesekretär des Episkopats, Msgr. Hauptmann, teilte in einer anschließenden Pressekonferenz mit, bisher lägen ungefähr 60 von Bischöfen oder Ordensoberen genehmigte Gesuche von Priestern für die Aufnahme ganztägiger Arbeit vor.

Initiativen in einzelnen Diözesen

Über die Beratungen innerhalb der Bischofskonferenz hinaus haben einzelne Diözesen zum Teil in Gemeinschaftsarbeit zwischen Klerus, Ordensleuten und Laien Initiativen zur Anwendung der Konzilsbeschlüsse ergriffen. Aus der Diözese Saint-Dié berichtet „La Croix“ (10. 2. 66) von der Errichtung eines Priesterrates, der deswegen Aufmerksamkeit verdient, weil die Mitglieder dieses Rates nicht vom Bischof ernannt, sondern vom gesamten Klerus direkt gewählt wurden. Auch der verantwortliche Leiter und der Sekretär dieses Priesterrates wurde nicht vom Bischof ernannt, sondern von den Mitgliedern des Rates gewählt. Bei der Wahl der Mitglieder wurde darauf geachtet, daß alle Priestergruppen (Pfarrer, Kapläne, Katecheten, überpfarrliche Seelsorge, Diözesankurie) proportional vertreten sind. Aus Limoges wird die Errichtung eines diözesanen „Apostolatskomitees“ aus Priestern, Ordensleuten und Laien berichtet, das vom Bischof den Auftrag hat, alle kirchlichen Unternehmungen und Planungen in der Diözese zu koordinieren. Das

Komitee soll im April zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammentreten.

Der Bischof von Poitiers hat seinem Klerus anlässlich einer Pastoraltagung im Januar ein Projekt zur Gründung eines Priesterrats vorgelegt, an dessen Ausarbeitung eine Diözesankommission bereits seit zwei Jahren arbeitet. Auch hier soll der Rat vom gesamten Klerus gewählt werden. Dem Rat selbst gab der Bischof zwei Zielsetzungen: Orientierung über die gemeinsamen Sorgen, Anliegen und Wünsche des Klerus (wirtschaftliche Lage, Bildungsprobleme, geistliches Leben, Apostolat, Freizeitgestaltung), Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien und Handreichungen für den pfarrlichen und überpfarrlichen Seelsorgsdienst. Der Priesterrat soll auch die Priesterdelegierten in den vom Konzil vorgesehenen Seelsorgsrat der Diözese entsenden.

Zusammenarbeit von Klerus und Laien

In der Erzdiözese Rouen wurden wie in vielen anderen Diözesen besondere Vorkehrungen für die Feier des vom Papst ausgerufenen außerordentlichen Jubiläums bis zum Pfingstfest dieses Jahres getroffen. Die ganze Fastenzeit soll auf die Feier dieses Jubiläums und die Information der Gläubigen über die Konzilsbeschlüsse abgestellt sein. Der Fastenhirtenbrief wurde von Klerikern und Laien erarbeitet. Um dem Dokument größere Breitenwirkung zu sichern, wurden unter Hinzuziehung von Journalisten Flugblätter über Einzelthemen des Hirtenbriefes verfaßt und verbreitet. Der ganze Plan wurde von den beiden Bischöfen in gemeinsamer Beratung mit Klerus und Laien vorbereitet.

Aus Amerika

Psychoanalyse im Kloster

Während der vierten Sitzungsperiode des Konzils gingen durch die Tagespresse aufsehenerregende Meldungen über das mexikanische Benediktinerkloster von Cuernavaca, dessen klösterliche Gemeinschaft sich seit einigen Jahren systematisch Kollektiv-Erfahrungen mit der Psychoanalyse aussetzt. Man kann nicht sagen, daß diese an sich intimen Vorgänge innerhalb einer monastischen Gemeinschaft durch Indiskretion bekannt geworden wären; vielmehr hat der Prior dieses selbständigen Priorates, Dom Grégoire Lemercier, ganz bewußt die Flucht an die Öffentlichkeit angetreten, indem er das vielsprachige Verteilersystem, durch das während des Konzils ein mannigfacher Informationsaustausch der in Rom weilenden Journalisten ermöglicht wurde, benutzte, um durch ein in mehreren Sprachen abgefaßtes Dokument die größtmögliche Breitenwirkung zu erzielen.

Schwierigkeiten mit Rom

Zu seinem Vorgehen sah er sich veranlaßt, weil er durch eine apostolische Visitation bereits seit einiger Zeit an der Ausübung seines Amtes als Oberer verhindert war und endlich eine Entscheidung herausfordern wollte, die über seinen persönlichen Fall hinaus auch eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen bestimmt sein sollte. Heute muß man sagen, daß er weder das eine noch das andere erreicht hat: Sein persönlicher Fall ist noch immer bei den römischen Behörden anhängig, und die vorsichtig wägende und warnende Einstellung Roms zur Psychoanalyse hat sich einstweilen nicht merkbar geändert. Ein

Freund hatte Dom Lemerrier vor Jahren abgeraten, die Zeit sei noch nicht reif für seine Ideen.

Das Priorat wurde im Jahre 1950 in der Nähe von Cuernavaca gegründet und trägt in Bau, Lebensstil und Herkunft der Mitglieder durchaus mexikanischen Charakter; der Prior ist der einzige Europäer. Der bekannte Trappist Thomas Merton stellt dem Kloster das Zeugnis aus, daß seine Mönche unter allen ihren Mitbrüdern der westlichen Hemisphäre dem Ideal des heiligen Benedikt am nächsten stünden. Das Experiment mit der Psychoanalyse begann im Jahre 1961. Der erste, der sich ihm unterzog, war der Prior selbst —, als „Patient“, wie er sagt, woraus man wohl schließen darf, daß es ihm dabei nicht etwa nur um eine sogenannte „Lehranalyse“ ging. Bis heute hat er diese Einzelbehandlung mit vier Sitzungen jede Woche fortgesetzt, während er seinen Mönchen, wohl auf Grund der eigenen heilsamen Erfahrungen, eine Gruppenanalyse anbot, wobei jeweils bis zu acht Personen ganz verschiedener Herkunft und sehr ungleichen Bildungsgrades („vom Akademiker bis zum Analphabeten“) zweimal wöchentlich zusammengefaßt wurden.

Die Durchführung des Experiments

Begreifliche Schwierigkeiten führten dazu, daß man bald möglichst vermied, Priester mit Nichtpriestern in der gleichen Gruppe behandeln zu lassen. Die Analyse selbst wird von fachlich ausgebildeten, approbierten Therapeuten, einem Mann und einer Frau, ausgeübt; besonders die Neueintretenden und Anfänger werden von der Frau behandelt, damit sie schon zu Beginn ihres Mönchslebens, das ja eine Absage an die Beziehungen zum anderen Geschlecht einschließt, diese Gegenpoligkeit spannend und entspannend zugleich erfahren. Ausdrücklich wird bemerkt, daß beide Psychotherapeuten nicht katholisch sind, wohl aber lebhaft am religiösen Phänomen und seiner Analyse interessiert sind. Gerade hier habe denn auch die Analyse einzusetzen, weil hier, besonders bei Ordensleuten, der eigentliche Personkern ruhe. Katholische Psychoanalytiker könnten, so meint Dom Lemerrier, aus einer eigentümlichen Scheu heraus unter Umständen gerade diesen ganzen Komplex unberührt lassen. Das gleiche gelte in noch stärkerem Maße von priesterlichen Psychotherapeuten, die er als „Ungeheuer mit zwei Köpfen“ bezeichnet, da Priester und Therapeut zwei grundverschiedene Funktionen zu erfüllen hätten.

Dom Lemerrier weicht der Frage nicht aus, ob denn alle Mönche seines Klosters eine solche Behandlung nötig hätten, und ist der Meinung, sicher könnten alle davon großen Nutzen haben, auch und besonders die, welche sie am wenigsten zu brauchen scheinen oder meinen. Überdies geht er in seinem Kloster von dem allgemein geübten Brauch ab, nur solche aufzunehmen, die psychisch gesund scheinen. Vielmehr sind alle willkommen, die Gott im klösterlichen Leben suchen wollen. So ist es nicht zu verwundern, daß die psychoanalytische Behandlung auch Heilerfolge zu verzeichnen hat, da sie ja hier auf ihrem eigentlichen Bewährungsfeld wirken kann.

Kein religiöses Sanatorium

Trotzdem lehnt Dom Lemerrier es ab, in seinem Kloster eine Art religiöses Sanatorium sehen zu wollen; vielmehr würde hier gerade das Religiöse selbst von der Wurzel her geheilt oder doch wenigstens die Chance zu einer solchen Heilung geboten. Es wird zugegeben, daß nicht

alle diese Chance ergreifen. Im ganzen wurden bisher 60 Mitglieder der Kommunität dem Experiment ausgesetzt. Zwanzig von ihnen sind zur Zeit noch im Kloster; teils haben sie die Analyse abgeschlossen, teils wird sie noch fortgesetzt. Vierzig haben innerhalb der vier Jahre das Kloster wieder verlassen: fünf Mönche mit ewigen Gelübden nach gewährter Dispens, fünf zeitliche Professoren nach Ablauf ihrer Gelübde und dreißig Postulanten oder Novizen, die durch die Analyse erkannt hatten, daß sie nicht zum klösterlichen Leben berufen seien. Die Zahl der Austritte war vor allem in den ersten beiden Jahren so groß, weil das Kloster selbst dem Schock der Analyse noch nicht hinreichend gewachsen war, um den einzelnen den nötigen Halt zu bieten. Gegenwärtig haben sich alle Neueintretenden der Analyse zu unterziehen, nachdem sie ein paar Monate der äußeren Anpassung an das klösterliche Leben hinter sich haben. Erst nach abgeschlossener Behandlung werden sie zu den Gelübden zugelassen. Dom Lemerrier verschweigt nicht, daß dieses Experiment mehr als die Hälfte des Budgets verschlingt, bemerkt aber, daß durch die Analyse die Arbeitsleistung der Mönche und somit auch die Einkünfte erheblich angestiegen seien.

Auswirkungen

Durch die Psychoanalyse hat die innere Gewichtsverteilung innerhalb des Klosters eine wichtige Veränderung erfahren. Begonnen als Zentrum liturgischen Lebens und geistlicher Lesung und nach dem Vorbild der belgischen Abtei Mont-César bei Löwen, welcher der Gründerprior entstammt, hat die monastische Gemeinschaft mehr und mehr den persönlichkeitsformenden und -fördernden Wert der Arbeit erkannt, so daß nun auch bei der Lektüre nicht mehr ausschließlich das religiöse Interesse im Vordergrund steht, sondern auch die bildende und technisch belehrende Bedeutung des Buches berücksichtigt wird.

Der Prior selbst stellt als sein eigener *advocatus diaboli* ein ganzes Dossier von Anklagen zusammen, das sich im wesentlichen kaum von demjenigen unterscheiden mag, das gegen ihn bei der Religiösenkongregation oder dem — damals noch so genannten — Heiligen Offizium vorgelegt wurde: Das Kloster befände sich, so könnte man sagen, offenkundig in geistlicher Hinsicht auf einem Abstieg; der Obere teile seine Führungsfunktionen mit zwei Psychotherapeuten, von denen einer sogar eine Frau ist; die Kommunität nimmt Neurotiker in ihrer Mitte auf, so daß das Kloster zu einer Art Sanatorium werde. Sehr viele Mönche oder Mönchskandidaten seien ausgetreten. Die Liturgie und auch die geistliche Lesung seien von Arbeit und profanen Studien zurückgedrängt worden. Das Kloster zeige sich aufgrund seiner mit verbissener Logik fortgesetzten Erfahrung mit der Psychoanalyse fast entchristlicht. Dieses Ergebnis rechtfertige deutlich genug das Mißtrauen gegen die Psychoanalyse, wie es in weiten, besonders kirchlichen Kreisen verbreitet ist.

Hilfe menschlicher Reifung

Dom Lemerrier, der sich bisher auf die Duldung der kirchlichen Autoritäten berufen konnte, ist der Überzeugung, ein über das lokale Interesse hinausgehendes, bahnbrechendes Experiment gemacht zu haben. Gegen die von höchster römischer Stelle gemachte Empfehlung, sofort die Psychoanalyse, wenigstens in der Form einer „regulären Übung“, einstellen zu lassen, hat er sich ener-

gisch zur Wehr gesetzt mit einem Argument, dem die Durchschlagskraft nicht mangelt: Man könne autoritativ und von außen eine solche Behandlung ebensowenig plötzlich aufhören, wie man einen chirurgischen Eingriff abrupt abbrechen könne. Die Dinge müßten also einsteilen ihren Lauf nehmen.

Dom Lemerrier schließt jedoch sein Dokument nicht etwa in fatalistischer Resignation. Vielmehr preist er die bisher schon sichtbar gewordenen Ergebnisse der Gruppenanalyse seiner Mönche und zeigt, daß er durchaus nicht auf seiten des *advocatus diaboli* steht. Die Psychoanalyse hätte bei denen, die sich ihr vorbehaltlos ausgeliefert hätten, eine gewaltige menschliche Reifung und damit auch eine geistliche Fülle und religiöse Vertiefung bewirkt. Nicht nur, daß viele Mönche in sich literarische, musikalische und künstlerische Neigungen und Eignungen entdeckt hätten. Ihr ganzes Wesen habe sich im Religiösen integriert und zugleich um eine menschliche und eine göttliche Dimension bereichert. Sie seien also nicht weniger, sondern im Gegenteil mehr Mönche geworden, „christliche Ökumeniker“ im Vollsinn dieses Wortes, das eine Öffnung auf das Ganze der Welt und auf die Fülle Gottes bedeute.

Trotz Übertreibung von pionierhafter Bedeutung

Man wird diesen durchaus ernst gemeinten und mit aller Konsequenz durchgeführten Versuch auch durchaus ernst nehmen müssen. Es mag auch sein, daß die sehr extremen Temperamente und die innere Unausgeglichenheit der Mexikaner und ihre völlige Unvertrautheit mit der benediktinisch-monastischen Lebensform ein großzügiges Angebot psychotherapeutischer Hilfe notwendiger macht als in anderen Zonen. Dom Lemerrier geht aber doch wohl zu weit, wenn er sich auf das Wort eines russisch-orthodoxen Theologen beruft, der einmal gesagt hat: „Die Aszese der Wüstenväter ist nichts anderes als eine umfassende Psychoanalyse, gefolgt von einer Psychosynthese der menschlichen Seele“; und wenn er dann die praktische Folgerung zieht, indem er aus der modernen Psychoanalyse den asketisch-mystischen Heilsweg schlechthin macht. Indessen besteht kein Zweifel darüber, daß wir die Erkenntnisse der modernen Psychologie und Psychotherapie noch nicht hinreichend für den religiösen Bereich zu nutzen wissen, und so mag die fast heroisch zu nennende Übertreibung des psychoanalytischen Experiments im Benediktinerkloster von Cuernavaca ihre pionierhafte Bedeutung haben.

Es ist übrigens interessant, daran zu erinnern, daß der Bischof von Cuernavaca, Sergio Mendez Arceo, als dessen Theologe Dom Lemerrier in Rom weilte, bei der Konzilsdiskussion zum „Schema 13“ ausdrücklich auf die Psychoanalyse hingewiesen und bedauert hat, daß im Text der Vorlage dieser so bedeutsamen Wissenschaft mit keinem Wort Erwähnung geschehen sei. Kein Zweifel, daß Dom Lemerrier an seinem Bischof einen wohlwollenden und interessierten Beschützer besitzt, und man wird gerade im Sinn und Geist des Konzils zugeben dürfen, daß solange kein ernster Grund zur Beunruhigung vorliegt, als der bestellte Episkopus („Aufseher“) in dem Experiment mit der Psychoanalyse in einem Kloster seiner Bischofsstadt keinen Mißstand sieht. Allerdings untersteht das exemte Kloster nicht seiner Jurisdiktion, und so war Rom durchaus befugt, den Dingen auf den Grund zu gehen. Es steht zu hoffen, daß das weiterhin mit Behutsamkeit geschieht.

Auflösung des russischen Exarchats in Westeuropa

Durch Beschluß des Patriarchen von Konstantinopel und seines Synods vom 22. November 1965 wurde das bisherige Exarchat des Ökumenischen Patriarchats für die russischen Gemeinden in Westeuropa aufgelöst.

Es handelt sich hierbei um diejenige Gruppe der russischen Exilkirche, die sich Anfang der zwanziger Jahre unter Führung des Erzbischofs Eulogius um ein kirchliches Zentrum in Paris konstituierte, dessen Wirken stark durch die emigrierte Intelligenz geprägt war. Bald ausbrechende Gegensätze zu einer konservativ-monarchistischen Gruppe mit dem Zentrum Karlowitz (Serbien) führten damals zu kanonisch-jurisdiktionellen Streitigkeiten um die Festlegung des kirchlichen Status im Ausland im Verhältnis zur Heimatkirche. Als die politische Unterjochung der Kirche durch das Sowjetregime immer offener wurde, mußte Eulogius seine gegen die „Karlowitzer“ verteidigten Beziehungen zum Moskauer Patriarchat abbrechen. Ende 1931 erhielt seine Gruppe eine neue kanonische Grundlage durch Aufnahme in die Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchats, dessen Exarch Eulogius wurde.

Unabhängiges orthodoxes Erzbistum

Das Schreiben des Patriarchen, in dem die Auflösung des Exarchats angekündigt wird (russischer Text in „Westnik russkogo studentscheskogo christianskogo dwishenija“, Nr. 4, 1965, S. 3 f.), wurde dem jetzigen Oberhaupt der Pariser Gruppe, Erzbischof Georg, am 26. Dezember 1965 durch den griechischen Exarchen Meletios übergeben. Darauf beschloß eine Versammlung von Geistlichen, Theologieprofessoren und Eparchialratsmitgliedern am 30. Dezember in der Pariser russischen Kathedrale, das bisherige Exarchat als unabhängige Kirchengemeinschaft zu konstituieren. Erzbischof Georg proklamierte das „Orthodoxe Erzbistum von Frankreich und Westeuropa“ und berief zum 16. Februar 1966 eine außerordentliche Eparchialversammlung ein, die den Beschluß zu bestätigen und ein Kirchenstatut auszuarbeiten hat.

Bis zuletzt hatten Vertreter des bisherigen Exarchats und andere kirchliche Persönlichkeiten und Organisationen versucht, den Ökumenischen Patriarchen von seinem Schritt abzuhalten. Für die Pariser Russen ist die Enttäuschung um so größer, als gerade sie den Patriarchen stets in dem Bestreben und dem Anspruch unterstützt haben, seinem panorthodoxen Ehrenprimat die reale Basis der Jurisdiktion über die orthodoxe Diaspora in aller Welt zu verleihen, womit sie entgegen den am Nationalprinzip festhaltenden zahlreichen anderen orthodoxen Exilgruppen dem Territorialprinzip in der Organisation des kirchlichen Lebens den Vorzug gaben (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 519). Unter Hinweis auf die Ereignisse von 1931 beruft sich der Patriarch auch jetzt auf seine kanonischen Rechte über die Diaspora, wogegen sein Auflösungsbeschluß geradezu als ein Verzicht darauf erscheinen muß.

Die Gründe Konstantinopels

Der Patriarch begründete seinen Schritt damit, daß das von Patriarch Photios II. 1931 errichtete Exarchat für die Russen in Westeuropa eine *zeitweilige* Einrichtung gewesen sei, bedingt durch die Schwierigkeiten der russischen Hierarchie in der Emigration. Heute jedoch habe sich die Lage geändert. Die betreffenden Gemeinden